

Gerd F. Kaldrack

**Eine einsatzfähige Armee für Europa
bedingt verstärkte gemeinsame Ausbildungsbemühungen
- die Forderung nach einem „Europäischen Hubschrauberausbildungs-
und Kompetenzzentrum“ in Niedersachsen**

**Vortrag beim 2. Fachgespräch Luft- und Raumfahrttechnik des Instituts
der Norddeutschen Wirtschaft e.V. am 30 Juni 2011 in Bückeburg**

(Anrede),

Wir sind hier in Niedersachsen, und zumindest die Älteren unter uns erinnern sich noch: Niedersachsen war das entscheidende Aufmarschgebiet für die integrierte NATO-Verteidigung im Zonenrandgebiet an der innerdeutschen Grenze. Hier wurde der Stoß der sowjetischen Panzerarmeen durch die norddeutsche Tiefebene erwartet. Folglich wurde in diesem Raum mit dem I. (GE) Korps, das drei Divisionen in Niedersachsen stationiert hatte, dem niederländischen Korps im Norden und dem britischen Korps im Süden der Schwerpunkt der NATO-Verteidigung gebildet. So sollte, insbesondere aufgrund des Bündnisfalles, Artikel 5 des NATO-Vertrages, Deutschland mit der Aussicht auf Erfolg gegen den Warschauer Pakt verteidigt werden.

Und heute? 20 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges haben fast alle nationalen und verbündete Streitkräfte Niedersachsen verlassen. Ein Divisionsstab in Hannover ist noch übriggeblieben. Natürlich auch Munster und Bückeburg. Nach den jetzt bekannt gewordenen Plänen zur Reform der Bundeswehr wird das Heer insgesamt nur noch über drei Divisionen verfügen. Von 12 auf 3 Divisionen – welche eine Abrüstungsbilanz. Damit nähern wir uns nachgerade dem 100.000 Mann Heer der Reichswehr in der Weimarer Zeit.

Unter dem atomaren Schuttschirm der Nato und aufgrund der Unterstützung durch die USA hatte sich die EU gemütlich eingenistet. Lange Zeit war Verteidigung für sie kein Thema. Dies änderte sich erst seit Anfang der 90er Jahre durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam. Ein Rahmen für eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zeichnete sich ab. Der Europäische Rat von Köln – 1999 – brachte dann den Durchbruch. Mit dem am 01. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon nehmen nun europäische Sicherheit und Verteidigung, zugleich als Teil der NATO, konkretere Konturen an.

Auf deutscher Seite griff die Weizsäcker-Kommission im Jahre 2000 den Grundgedanken einer Europäisierung von Sicherheit und Verteidigung auf. Die Streitkräfte sollten zu wirksamer internationaler Zusammenarbeit befähigt und die Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungsbeschaffungspolitik soweit wie möglich europäisiert werden. Ein

stärkeres Europa würde auch die NATO stärken. Die Einsatzkräfte sollten durch Integrationslösungen sowie durch Bündelung der europäischen Ressourcen für Luft- und Seetransport, Aufklärung und Luftverteidigung gestärkt werden. Das erfordert abgestimmte Streitkräfteplanungen, gemeinsame Ausbildungseinrichtungen und die Nutzung gemeinsamer Fähigkeiten.

Die Kommission empfahl der Bundesregierung, den Umbau der Streitkräfte mit den Partnerländern abzustimmen und - wo immer möglich - für die Zukunft gemeinschaftliche europäische Vereinbarungen zu treffen. Die EU-Mitglieder sollten einen gemeinsamen Sicherheitsraum mit einer sich formierenden Sicherheitsidentität bilden. Dadurch würde auch eine kohärente europäische Säule im Rahmen einer ausgewogenen transatlantischen Sicherheitspartnerschaft entstehen.

Diese gewisse Europa-Euphorie zeigte sich auch in zwei Sammelbänden. Werner Hoyer und Gerd F. Kaldrack beschrieben 2002 die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“ und fragten, ob die EU nunmehr auf dem Weg zu integrierten Streitkräften wäre. Auch der Band von Karl von Wogau – ein Jahr später – stellte fest, dass die EU dabei sei, einen entscheidenden Schritt in Richtung politische Einigung zu tun. Und das bedeutete auch, „Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung“ zu sein, so der Titel seines Sammelbandes. Doch dies war in der Tat etwas euphorisch, denn die Grundvorstellungen der Weizsäcker-Kommission fanden damals kaum Eingang in die damalige Bundeswehrreform.

Heute, ca. 10 Jahre später, verdeutlicht die aktuelle Libyenkrise mit aller Schärfe die Schwächen und Defizite der EU und der NATO hinsichtlich ihrer sicherheits- und verteidigungspolitischen Fähigkeiten in geradezu beängstigender Weise. Mangelnde politische und militärische Fähigkeiten werden immer offensichtlicher, wobei eigentlich immer von Fähigkeiten gesprochen wird, die erhalten, ausgebaut, konzentriert, koordiniert oder zusammengefasst werden sollten.

Die Libyenkrise zeigt einmal mehr: Die EU findet nicht statt, sie riskiert sogar ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit, während einige europäische Nationalstaaten weiter nach einer – zwar begrenzten - Dominanz streben. Das machtpolitische Vakuum der EU wollen Frankreich und Großbritannien füllen. Gleichzeitig hat Deutschland sich ins Abseits manövriert. Seither werden Deutschland mangelnde Bündnistreue und Verlässlichkeit sowie fehlende Berechenbarkeit vorgeworfen. Europäische Einigkeit und Integration sehen anders aus.

Solidarität wird klein geschrieben. So beteiligen sich an dem libyschen Luft-Boden-Einsatz, der auf einem UNO-Beschluss des Sicherheitsrates basiert und bei dem sich Deutschland enthalten hat, nur sieben von 28 Bündnispartnern. Die Führung des Einsatzes hat - nach langem Hin und Her - die NATO übernommen. Nach dem jetzt ca. acht Wochen andauernden Einsatz geht den europäischen Partnern die High-Tech-Munition aus; zugleich laufen ihnen die Kosten davon - angesichts der

durch die Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise auch stark gebeutelten Militärhaushalte. Auch der Bundeswehrhaushalt muss als Steinbruch zur Sanierung unserer Staatsfinanzen herhalten. Die begrenzten Militärkapazitäten der europäischen Staaten, die Hilflosigkeit der EU sowie die zukünftige militärpolitische Rolle der USA in der Welt passen nicht zusammen. Europas Sicherheit steht zur Disposition, aber kaum ein Widerspruch erhebt sich.

Eigentlich wird durch solche Entwicklungen die Abhängigkeit von den USA immer größer. Doch das Verhältnis zu den USA verändert sich in erheblichem Maße. Zwei gerade gehaltene Reden und das entsprechende Zahlenwerk dokumentieren dies. In seiner Rede an die Nation kündigte Barack Obama eine Wende der amerikanischen Sicherheitspolitik an. Nach einem Jahrzehnt des Krieges will Obama weg von der Rolle des Weltpolizisten und hin zu einer Rolle des „Nation Building“ in den USA. Ein Pendelschlag möglicherweise in Richtung eines neuen amerikanischen Isolationismus oder eine Schwerpunktverlagerung vom atlantischen in den pazifischen Raum. Und der scheidende US-Verteidigungsminister Robert Gates konkretisierte diesen Wandel vor der NATO: Die USA seien nicht mehr bereit, die Hauptlast der NATO-Finanzierung - immerhin 70 Prozent - zu tragen, während sich die Europäer weigern, die nötigen Mittel für ihre Verteidigung aufzubringen. Er beklagte geradezu eine Spaltung der NATO; einige Mitglieder nähmen zwar die Sicherheitsgarantien in Anspruch, wollten aber nicht die Risiken, die Einsätze und die Kosten mittragen.

Das Zahlenwerk untermauert diese These. Der Schuldenberg der USA beträgt zurzeit ca. 14,3 Billionen USD, zusätzlich wahrscheinlich eine Neuverschuldung für das Jahr 2011 in Höhe von 1,6 Billionen USD. Das sind weit über 60 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts. Diese hohe Staatsverschuldung zwingt die USA geradezu, ihre NATO-Verteidigungsausgaben zu überprüfen. Angesichts der Ausgaben der EU für ihre Verteidigung in Höhe von etwa 266 Mrd. USD und derjenigen der USA in Höhe von etwa 574 Mrd. USD ist dies verständlich. Bezogen aufs BIP geben die EU-27 nur 1,7 Prozent, die USA mit 4,0 Prozent mehr als doppelt so viel für die Verteidigung aus.

Damit wachsen die Sorgen: Der transatlantische Sicherheitsschirm der NATO für Europa dürfte schwächer und das amerikanische Interesse am Bündnis und an Europa geringer werden. Ihr militärischer Handlungsspielraum wird kleiner. Zeitgleich wächst - nach Berechnungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI - z.B. Chinas Militärhaushalt seit dem Jahr 2000 durchschnittlich jährlich real um 11,8 Prozent, 2011 sogar um 12,7 Prozent. China besitzt mit rund 3 Billionen USD die größten Währungsreserven der Welt und verlagert derzeit teilweise seine Investitionen aus dem Dollar-Raum in den Euro-Raum. Bestes Beispiel ist die Unterstützung von Portugal und Ungarn bei der Behebung ihrer Staatsschulden. Immerhin sind beide Länder Mitglied der EU und der NATO. Dies macht überaus deutlich, dass sich die politische und wirtschaftliche Macht vom Westen in den Osten verlagert. Die

Globalisierung führt zugleich weltweit auch zu einer Umverteilung militärischer Macht und militärischer Potenziale.

Insgesamt dokumentiert die Libyenkrise - hoffentlich zur rechten Zeit - die derzeitigen Grenzen der supranationalen Organisationen von EU und NATO: Viel Nationalstaat und wenig Gemeinschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat Europa es versäumt, eine bedarfs- und bedrohungsgerechte Sicherheitsarchitektur zu entwickeln und im Kontext mit der NATO durchzusetzen. Wenn in der EU und mit der NATO nicht gravierende Änderungen vorgenommen werden, bleibt die EU, trotz ihrer großen Wirtschaftskraft, ein zweitklassiger „global player“ oder anders ausgedrückt, ein zahnloser Tiger bzw. ein militärischer Zwerg mit all den Gefahren und Risiken. Eine Harmonisierung des Streitkräfteumfanges und der Verteidigungsausgaben im Sinne des Vertrages von Lissabon, der Europäischen Sicherheits-Strategie (ESS), der Headline Goals 2010 oder gesamteuropäischer Rüstungsplanungen ist daher mehr als geboten. Aber woran lassen sich Stärke und Ausbau gemeinsamer europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik am besten ablesen? Nicht an Papieren – davon hat die EU genug produziert, sondern an eigenen Streitkräften

In der Europäischen Sicherheits-Strategie, 2003 verabschiedet, wird gefordert: Für eine kohärente Außenpolitik und eine wirksame Krisenbewältigung muss die EU in der Verfolgung ihrer strategischen Ziele aktiver sein. Sie muss eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen ermöglicht. Eine EU, die größere Verantwortung übernimmt und sich aktiver einbringt, wird größeres politisches Gewicht besitzen. Die Einrichtung einer Verteidigungsagentur weist in Bezug auf die Ausweitung der europäischen Kapazitäten in die richtige Richtung. Die Union muss ihre Streitkräfte noch flexibler und mobiler gestalten, um den neuen Bedrohungen entgegenwirken zu können. Darüber hinaus muss sie ihre Fähigkeit verbessern, die in und nach Krisensituationen benötigten zivilen Mittel zu mobilisieren und die diplomatischen Mittel von Mitgliedstaaten und EU-Institutionen stärker verknüpfen. Die Herausforderung besteht darin, die unterschiedlichen Instrumente und Mittel der europäischen Politik zu bündeln, insbesondere die militärischen und zivilen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten. Als strategische Aufgaben der EU werden genannt:

Terrorismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Regionale Konflikte, Scheitern von Staaten, Organisierte Kriminalität. 2008 kamen dann noch hinzu: Sicherheit im Internet, Sicherheit der Energieversorgung, Klimawandel.

Um das Bündeln von Fähigkeiten voran zu bringen, erlaubt der Vertrag von Lissabon nun eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) einzelner Mitgliedsstaaten, die in der militärischen Integration schneller voranschreiten wollen. Auch hier ist also ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten möglich. Obwohl sich schon früher eine vor allem deutsch-französische Zusammenarbeit (z.B. GE/FR Brigade in Mühlhausen, GE/FR Kampfhubschrauber-Ausbildung in LeLuc und Fassberg oder das EURO-Korps (mit insgesamt fünf EU-Mitglieder) in

Straßburg herausgebildet hat, sind nun alle Mitglieder zu stärkerer Zusammenarbeit aufgerufen. Einige diesbezügliche Initiativen haben sich seither entwickelt: Gent (Schweden und Deutschland), Weimarer Dreieck (Polen, Deutschland und Frankreich) sowie die französisch-britische Vereinbarung vom November 2010.

Aus einer solchen pragmatischen Zusammenarbeit einzelner Partnerstaaten kann sich im Laufe der Zeit ein koordiniertes europäisches Ganzes ergeben. Aber vergegenwärtigen wir uns doch einmal, über welche Institutionen und Kräfte die EU, immerhin ein Wirtschaftsraum mit 500 Millionen Einwohnern und einem jährlichen BIP von ca. 16 Billionen EUR, zurzeit überhaupt verfügt: Eine Europäische Verteidigungsagentur, zwei EU-Battlegroups a 1500 Soldaten (neuerdings sind drei weitere geplant) und das im Herbst 2010 gegründete Europäische Lufttransportkommando in Eindhoven (vier EU-Mitglieder). Alle Kräfte stehen unter dem nationalen Vorbehalt, so dass mit Berechtigung festgestellt werden kann: die EU verfügt über keinen einzigen Truppenteil. Alle Organisationen werden von den jeweils daran beteiligten EU-Ländern finanziert. Dies gilt auch für die sieben seit 2003 geführten militärischen EU-Operationen, während allerdings die 18 seither geführten zivilen EU-Missionen aus dem EU-Haushalt finanziert werden.

Neben der wichtigen Forderung nach „Ständiger Strukturierter Zusammenarbeit“ wird durch den Lissabonner Vertrag die bisherige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einer „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, kurz GSVP genannt, umfirmiert. Verteidigung und Sicherheit werden damit zu einer Gemeinschaftsaufgabe der EU. Darüber hinaus wird der „Europäische Auswärtige Dienst“ (EAD) eingeführt, dem die GSVP-Strukturen unterstellt werden. Die Bestandsklausel (Art.4 Abs. 7) und die Solidaritätsklausel (Art.222 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU) sind ebenfalls neu. Die erstere läßt die Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag unberührt und ist eine politische Klausel, die keinen Automatismus auslöst, während die Solidaritätsklausel die Mitgliedsstaaten zu solidarischen Handeln verpflichtet, wenn ein Mitgliedsstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder von einer von Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist. Diese Neuerungen wurden jetzt in einem Sammelband „Eine einsatzfähige Armee für Europa – die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon“, der von Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlamentes und Oberst a.D. Gerd F. Kaldrack herausgegeben wird, von 42 Autoren aus der internationalen Politik, der Wirtschaft und Wissenschaft sowie hochrangigen Militär diskutiert und konkretisiert. Im Sinne des „Lissabon realisieren, Europa stärken“ gelangten die Herausgeber z.B. zu folgenden Ergebnissen:

1. Die GSVP sollte in mehreren Schritten umgesetzt werden: vom Schritt der verstärkten Koordination über die Schaffung innovativer und kreativer Kooperationsformen bis hin zur Entwicklung neuer europäischer Integrationsstrukturen. Eine „Konzeption 2020 für europäische, zivil-militärische Sicherheits- und Verteidigungskräfte“ sollte durch eine hochrangige Experten-Gruppe unter Vorsitz der Kommission erarbeitet

mit dem Auftrag, eine gesamteuropäische Ist-Analyse und erste konzeptionelle Grundlagen mit einem klaren Aufgaben- und Maßnahmenkatalog zu entwickeln und eine intelligente, nachhaltige und integrative GSVP mit einem hohen Maß an Einsatzfähigkeit, Effizienz und sozialem Zusammenhalt zu schaffen. Aus den alten EU-Mitgliedstaaten, den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten und den Neutralen gilt es eine leistungsfähige Einheit zu bilden, die sicherheits- und verteidigungspolitisch als „global player“ bestehen kann.

2. Ein Schwerpunkt soll dabei die Entwicklung eines Konzeptes für eine Gemeinsame Ausbildung. Ziel sollte ein Ausbildungsverbund zwischen der EU und den Nationalstaaten, der Aufbau erster europäischer Leuchtturmprojekte in der Ausbildung sowie Schaffung eines integrierten europäischen Trainingskonzeptes sein. Eine Europäisierung der Ausbildung hätte viele Vorteile: enorme Einspareffekte und Effizienzgewinne. Kein Nationalstaat erleidet durch eine Konzentrierung der Ausbildung im Sinne von „Pooling and Sharing“ einen Souveränitätsverlust. In diesem Zusammenhang entwickelte Brigadegeneral R. Wolski in dem Band ein Modell für ein „Europäisches Hubschrauberausbildungs- und Kompetenzzentrum“ in Deutschland und Frankreich, weil in nahezu allen EU-Missionen und -Operationen Hubschrauber zum Einsatz kommen und diese innerhalb der EU einen „shortfall“ darstellen,

3. Stärkung des EU-Battlegroups Konzeptes in dessen Rahmen R. Wolski einen „Europäischen Luftbeweglichen Eingreifverband“ vorschlägt, der der EU unmittelbar unterstellt werden sollte. Dabei orientiert er sich an der früheren AMF (Allied Mobile Forces) der NATO, die seinerzeit dem NATO-Oberbefehlshaber unterstand und im ganzen NATO-Gebiet eingesetzt werden konnte. Diese Idee sollte bedarfs- und bedrohungsgerecht für das europäische Aufgabenspektrum optimiert und mit einem eigenen, geschlossenen EU-Teilhaushalt einschließlich eines investiven Anteils ausgestattet werden. Die Aufstellung einer „Europäischen Luftbeweglichen Eingreiftruppe“ im Sinne einer EU-Battlegroups hätte große Signalwirkung für die internationale Staatenwelt. Sie würde unterstreichen, dass die EU willens ist, die Zusammenarbeit im Sinne des Lissaboner Vertrages zu intensivieren und zu europäisieren.

Bislang zeigte sich die deutsche Seite gegenüber der Idee eines „Europäischen Hubschrauberausbildungszentrum“ in Niedersachsen wenig interessiert. Neuerdings wird jedoch ein Internationales Hubschrauberausbildungszentrum unter deutscher Führung mit eigenen Finanzierungsmechanismen diskutiert. Daraus wurde folgende Konzeptidee entwickelt: Ausgehend von wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklungen und den enormen Schulden bei EU-Mitgliedsländern müssen einschneidende Kürzungen auch bei den Militärbudgets vorgenommen werden. Tiefgreifende Umstrukturierungen aller europäischen Streitkräfte stehen an. So verzichten z.B. die Niederlande künftig ganz auf Kampfpanzer. Zeitgleich will die USA ihren finanziellen und militärischen Beitrag zum atlantischen Bündnis erheblich reduzieren. Auch bei Ausbildungseinrichtungen wird der Rotstift angelegt. Ein unkoordinierter Abrüstungswettlauf scheint sich

anzubahnen, der nur mit Hilfe der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) im Rahmen der EU aufgefangen werden kann. Durch „Pooling and Sharing“ gilt es, moderne nationale Ausbildungseinrichtungen zu europäische Zentren weiterzuentwickeln, denn einzelne nationale Ausbildungsstätten können sich zukünftig angesichts des Kostendrucks, des geringen nationalen Bedarfs und geringerer Auslastung nicht länger halten. Ohne eine internationale oder europäische Öffnung ist allerdings selbst die hochmoderne, materiell gut ausgestattete und methodisch-didaktisch hervorragend aufgestellte Heeresfliegerwaffenschule in der jetzigen Ausgestaltung nicht mehr zu halten, obwohl sie die modernste und einsatznaheste Ausbildungsstätte Europas ist.

Eine Europäisierung der Ausbildung oder eine schrittweise, pragmatische Internationalisierung als **Lösungsmöglichkeit** liegt auf der Hand. Voraussetzung ist ein gemeinsames Verständnis von Ausbildungszielen und -inhalten. Der größte Vorteil ergibt sich jedoch für die Soldaten, die in gemeinsamer internationaler Ausbildung auch ein gemeinsames taktisches Verständnis entwickeln, das ihnen im Einsatz zugutekommt. Durch die Nutzung der SSZ lassen sich schnell militärisch und wirtschaftlich sinnvolle Ergebnisse erzielen. Unter diesen Rahmenbedingungen bieten sich die niedersächsischen Standorte **Bückeburg, Celle und Fassberg** für die internationale oder europäische Ausbildung von Hubschrauberpiloten und –technikern, die aufwendig und kostenintensiv ist, besonders an. Wichtig dabei ist, dass ein ganzheitlicher Ansatz gefunden wird. Dabei kommt dem Einsatz von Simulationstechnik in der Piloten- und Techniker-Ausbildung für das Niveau und die Kosten besondere Bedeutung zu. Eine Internationalisierung hätte folgende Vorteile:

1. Ein Internationales Hubschrauber-Ausbildungszentrum in Niedersachsen hätte insgesamt erhebliche wirtschaftliche und militärische Effekte:
2. Entlastung nationaler Haushalte (z.B. Griechenland, Irland, Portugal) und erhebliche Kosteneinsparungen bei einzelnen Nationen, insbesondere aber Einnahmen auf deutscher Seite.
3. Sicherung und Ausbau von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen in Niedersachsen.
4. Erhalt und Steigerung militärischer Effizienz bei den europäischen Hubschrauberkräften, insbesondere der Fähigkeit zur Luftbeweglichkeit.
5. Pragmatische und rasche Lösungen im europäischen Rahmen und Stoppen des Abbaus von Ausbildungskapazitäten in Bückeburg, Celle, Fassberg und Le Luc.

Erste Schritte einer internationalen Ausbildung an den Hubschrauber **Ausbildungseinrichtungen** sind schon getan:

- Bückeburg hat mindestens einen internationalen Hörsaal.
- In Celle wurden mit dem TIGER-Schießzentrum und dem Air Manoeuvre Tactical Leadership Training (AMTLT) erste Überlegungen mit multinationalem Charakter angestellt.

- In Fassberg findet die Technikerausbildung TIGER im GE/FR Ausbildungszentrum statt.

Mit dem „Bückerburger Modell“ hat Deutschland einen großen Vorsprung bei der modernen, bald von der European Aviation Safety Agency (EASA) zertifizierten fliegerischen und technischen Hubschrauberausbildung. Frankreich und Großbritannien sind jedoch dabei, diese Ausbildung zu kopieren, auch die Nordischen Staaten wollen eventuell diesen Weg gehen. Als gemeinschaftliches Projekt sollte „Bückerburg“ ein Modellprojekt im Rahmen der GSVP werden und für den europäischen Ausbildungssektor eine Vorreiterrolle übernehmen. Auf jeden Fall sollte das internationale Modellprojekt zügig angegangen werden und ein konzeptioneller Baustein im Rahmen der neuen Bundeswehr-Strukturreform werden

Es besteht jetzt eine große Chance, Niedersachsen zum zentralen, einmaligen und damit unverzichtbaren Standort in der militärischen Piloten- und Technikerausbildung mit modernsten Schulungshubschraubern, zukunftsweisenden Simulatoren, Ausbildungstechnologien und Blended Learning-Systemen im Rahmen eines internationalen oder europäischen Ausbildungsverbundes zu entwickeln. Politischer und militärischer Wille sind nun gefragt, um auch die sehr positiven wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf die niedersächsischen Regionen und damit auf deren Wertschöpfung zu steigern und eine zukunftsfähige Standortsicherung von Bückerburg, Celle und Fassberg zu entwickeln. Niedersachsen sollte diesen Weg für die in seinem Land liegenden militärischen Ausbildungseinrichtungen politisch unterstützen und begleiten.